

Studie: Jeder Dritte verdient dazu

Nebeneinkünfte von Politikern

Berlin. Bundestagsabgeordnete haben einer Studie zufolge in der laufenden Legislaturperiode geschätzte 53 Millionen Euro an Nebeneinkünften erzielt. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf eine Untersuchung der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall berichtet, meldete mehr als ein Drittel (261) der Abgeordneten Hinzuerdienste. Davon kamen die meisten aus den Fraktionen von Union (41,8 Prozent) und FDP (20,3 Prozent).

Ausgewertet hat die Stiftung dafür die öffentlich zugänglichen Angaben zu den Nebenverdiensten von Abgeordneten auf der Internetseite des Bundestages. Nebentätigkeiten neben dem Bundestagsmandat sind grundsätzlich erlaubt. Die Einkünfte daraus müssen aber ab einer bestimmten Höhe dem Bundestagspräsidenten gemeldet werden und werden auf den Abgeordnetenseiten des Bundestags im Netz unter „veröffentlichungspflichtige Angaben“ bekanntgegeben – allerdings bisher nur in groben Stufen von 1000 Euro aufwärts.

Inzwischen strengere Regeln

62 Prozent der FDP-Abgeordneten gingen der Auswertung zufolge in der laufenden Legislaturperiode einer Nebentätigkeit nach; bei der Union waren es 43 Prozent, es folgen AfD (32 Prozent), Linke (26 Prozent), SPD (22 Prozent) und die Grünen (21 Prozent). Die Stiftung untersucht dem Bericht zufolge seit 2009 die Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Bei der ersten Bilanz am Ende der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 hätten diese bei geschätzten 30 Millionen Euro gelegen.

Nach der sogenannten Maskenaffäre im Bundestag hatte das Parlament im Juni schärfere Regeln für Abgeordnete beschlossen. Die Strafen bei Bestechung wurden verschärft, die Annahme von Geldern verboten und auch die Pflichten zur Offenlegung von Nebeneinkünften ausweitet. Nebeneinkünfte müssen künftig schon ab 3000 Euro im Jahr dem Bundestagspräsidenten gemeldet werden. Bisher lag die Jahresgrenze bei 10.000 Euro. Zudem werden die Nebeneinkünfte künftig nicht mehr in groben Stufen, sondern auf den Cent genau veröffentlicht.

Aktuell bekommen die 709 Bundestagsabgeordneten eine Abgeordnetenentschädigung (Diät) von 10.012,89 Euro im Monat. Die Diäten müssen versteuert werden. Dazu gibt es eine monatliche steuerfreie Aufwandspauschale für die Unterhaltung des Wahlkreisbüros zu Hause und den Zweitwohnsitz in Berlin in Höhe von 4560,59 Euro im Monat. DPA

HOMEOFFICE

Dobrindt will höhere Steuerpauschale

Berlin. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, setzt sich dafür ein, das Arbeiten im Homeoffice stärker steuerlich zu fördern. Im Deutschlandfunk schlug er eine Pauschale von 1000 Euro pro Jahr vor – als „Signal an eine sich modernisierende Arbeitswelt“, aktuell kann jeder Steuerpflichtige, der zu Hause arbeitet, pro Jahr 600 Euro steuerlich geltend machen. Das entspricht einem Betrag von fünf Euro pro Arbeitstag im Homeoffice. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft schlug vor, aus der Homeoffice-Pauschale von maximal 600 Euro pro Jahr eine Mobile-Arbeit-Pauschale von 1000 Euro zu machen, „und zwar ohne aufwendige Einzelnachweise in der Steuererklärung“. Zudem sollte die steuerliche Sofortabschreibung für die Büroausstattung von bisher 1000 auf mindestens 1500 Euro aufgestockt werden. DPA

GANZTAGSBETREUUNG

Entscheidung wohl nicht vor Anfang September

Berlin. Im Streit zwischen Bund und Ländern über den geplanten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule wird es voraussichtlich erst im September Klarheit geben. Sie gehe davon aus, dass der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat Anfang September zusammenkomme – vor der geplanten Sondersitzung des Bundestages, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Katja Mast am Sonnabend. Die voraussichtlich letzte Sitzung des Bundestages vor der Wahl, bei der ein eventuelles Vermittlungsergebnis verabschiedet werden könnte, ist für den 7. September angesetzt. Der Bundesrat hatte im Juni das Gesetz für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab dem Schuljahr 2026/2027 vorerst gestoppt und in den Vermittlungsausschuss verwiesen. Hintergrund ist ein Streit über die Finanzierung. DPA



Zurück vom Auslandseinsatz

Nach einem rund vier Monate langen Einsatz im Mittelmeer ist am Sonnabend das Marineschiff „Berlin“ in seinen Heimathafen Wilhelmshaven zurückgekehrt. Viele Angehörige begrüßten die Besatzung, die

sich jetzt erst mal in den Urlaub verabschiedete. Im Rahmen der Operation „Irin“ sollte sie das UN-Waffenembargo gegen Libyen überwachen und Frachtschiffe, die in Richtung des Landes unterwegs sind, kontrollie-

ren. Nach Angaben der Marine legte die Besatzung bei den Patrouillen mehr als 27.000 Seemeilen zurück und untersuchte mehrfach die Ladung von Handelsschiffen. Der Einsatzgruppenversorger „Berlin“ war Anfang

März mit etwa 220 Soldatinnen und Soldaten vom Marinestützpunkt Wilhelmshaven ausgelaufen. Während des Einsatzes waren neben deutschen auch litauische Soldaten an Bord. TEXT: DPA/FOTO: DITTRICH/DPA

Unermüdlich gegen das Vergessen

Eine der letzten Zeuginnen: Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano ist tot

VON CAROLA GROSSE-WILDE

Hamburg. Als die Nazis im Vernichtungslager Auschwitz ein Mädchenorchester gründen wollten, meldete sie sich als Akkordeonspielerin – ohne jemals ein solches Instrument in der Hand gehabt zu haben. Das rettete der damals 18-jährigen Esther Bejarano das Leben. In ihrer Autobiografie erinnerte sie sich: „Dann sollte ich den deutschen Schlagler „Bel Ami“ spielen und es gelang mir auch. Das war wie ein Wunder.“ Jetzt ist die kleine Frau mit dem mutigen Herzen, die sich seit Jahrzehnten gegen das Vergessen und für mehr Toleranz eingesetzt hatte und unter anderem mit einer Kölner Hip-Hop-Band gegen Rechts rappete, im Alter von 96 Jahren in ihrer Wahlheimat Hamburg gestorben.

Sie sei am frühen Sonnabendmorgen friedlich eingeschlafen und habe nicht gelitten, sagte Helga Obens, eine enge Freundin und Vorstandsmitglied vom Auschwitz Komitee. Esther Bejarano wuchs wohlbehütet mit ihren drei Geschwistern im damals französischen Saarlouis und später in Saarbrücken auf. Ihr Vater war Kantor in der jüdischen Gemeinde und führte sie an die Musik heran. Als 1935 das Saarland wieder an das Deutsche Reich angegliedert wurde, verschlechterte sich die Lage für Juden erheblich. Esther Bejarano schaffte es nicht mehr, nach Palästina auszuwandern, ihre Eltern wurden war bereits 1941 von den Nazis in Litauen umgebracht. Die junge Frau musste in einem Lager Zwangsarbeit leisten, bevor sie Anfang

1943 ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert wurde.

„Ich bekam die Nummer 41948. Namen wurden abgeschafft, wir waren nur noch Nummern“, schreibt Bejarano in ihrer Autobiografie „Erinnerungen“. Darin schildert sie die Schrecken des Alltags im Lager und wie sie durch das Frauenorchester die Chance zum Überleben bekam. Am schlimmsten war für sie, dass das Orchester auch spielen musste, wenn neue Transporte ankamen, die direkt für die Gaskammern bestimmt waren.

„Als die Menschen in den Zügen an uns vorbeifuhren und die Musik hörten, dachten sie sicher, wo Musik spielt, kann es ja so schlimm nicht sein“, erinnerte sie sich.

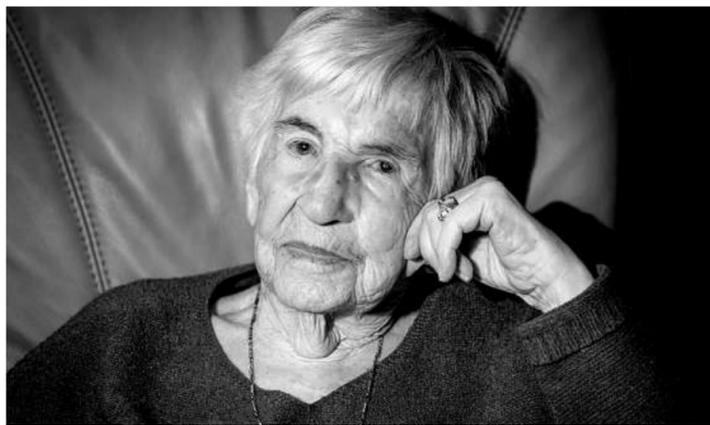
Weil ihre Großmutter Christin war, wird sie ins Frauenstraflager Ravensbrück verlegt und überlebt den anschließenden Todesmarsch.

Nach dem Krieg wanderte die junge Frau nach Israel zu ihrer Schwester Tosca aus. Hier lernte sie auch ihren Mann Nissim kennen, die beiden bekommen die Kinder Edna und

Joram. Weil sie mit der israelischen Politik gegen die Palästinenser nicht einverstanden sind, kehrte die Familie 1960 nach Deutschland zurück, obwohl es ihnen schwer fiel, in das Land der Täter zurückzukehren. Als sie jedoch eines Tages von Neonazis auf offener Straße beschimpft wird, reichte es Bejarano: Sie entschloss sich, ihr jahrelanges Schweigen zu brechen und wurde politisch aktiv, so auch im Auschwitz Komitee.

Zusammen mit Tochter Edna und Sohn Joram gründete Esther Bejarano Anfang der 1980er-Jahre die Gruppe Coincidence mit Liedern aus dem Ghetto und jüdischen sowie antifaschistischen Liedern. 2009 nahmen sie mit der Kölner Hip-Hop-Band Microphone Mafia die CD „Per la Vita“ (Für das Leben) auf, die für Verständnis zwischen den Kulturen wirbt. Gemeinsam traten sie auch vor Schulklassen auf, was Esther Bejarano immer besonders am Herzen lag: „Ich sage immer: Ihr seid nicht schuld an dieser schrecklichen Zeit, aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über die Geschichte wissen wollt.“

„Mit ihrem Tod haben wir einen großen Verlust erlitten“, schreibt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einem am Sonnabend verbreiteten Kondolenzschreiben an die Kinder. „Sie wird immer einen Platz in unserem Herzen haben.“ Bejarano habe am eigenen Leib erfahren, „was es heißt, diskriminiert, verfolgt und gefoltert zu werden“. „Wir verlieren mit ihr eine mutige Persönlichkeit, die sich bis zuletzt für die Verfolgten des Naziregimes eingesetzt hat.“



Esther Bejarano ist im Alter von 96 Jahren gestorben.

FOTO: HEIMKEN/DPA

„Wir brauchen keinen Neustart“

Ein Wechsel der Kanzlerkandidatur bei den Grünen steht laut Co-Parteichef Habeck nicht zur Debatte

VON SEBASTIAN KUNIGKEIT

Berlin. Angesichts anhaltender Kritik an Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat Co-Parteichef Robert Habeck versichert, dass ein Wechsel der Kanzlerkandidatur kein Thema sei. „Das ist Kokolores“, sagte Habeck, lange Zeit selbst als Kandidat gehandelt, der „Süddeutschen Zeitung“. Die Grünen hätten Baerbock gerade erst mit nahezu hundert Prozent zu ihrer Kanzlerkandidatin gewählt. „Jetzt geht es darum, aus diesem Vertrauensvorschuss, den sie von der Partei bekommen hat, das Beste zu machen“, Habeck.

Die Kanzlerkandidatin der Grünen steht in der Kritik, weil sich in ihrem Buch „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“ auffallende sprachliche Ähnlichkeiten zu anderen Veröffentlichungen finden. Zuvor war bekannt

geworden, dass sie Sonderzahlungen der Partei verspätet an den Bundestag gemeldet hatte. Partei und Kandidatin mussten zudem Angaben in Baerbocks Lebenslauf korrigieren. „Diese Vorgänge waren für alle überraschend“, sagte Habeck. „Hätten wir gewusst, dass an den Stellen solider hätte gearbeitet werden müssen, wäre da solider gearbeitet worden.“ Er erklärte aber auch, in den gut zwei Monaten bis zum Wahlabend am 26. September könne man klar machen, „dass Vertrauen in die richtige Politik die Abstimmung bestimmen sollte“. Er sehe

noch große Chancen, „dieses kostbare Gut Vertrauen zu erwerben“. Auf die Frage „Sie haben nie über einen Wechsel gesprochen? Nie drüber nachgedacht?“, erwiderte Habeck: „Nein. Das ist keine Debatte.“ Zugleich sagte er, es habe handwerkliche Fehler gegeben, die Baerbock ja auch eingeräumt habe.

Baerbock war im April vom Bundesvorstand der Grünen als Kanzlerkandidatin vorgeschlagen und im Juni vom Parteitag bestätigt worden. Co-Parteichef Robert Habeck hatte ebenfalls Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur, steckte dann aber zurück. Er betonte, es sei klar gewesen, dass „mit der Ausrichtung einer Kanzlerkandidatin eine Personalisierung einsetzt“. Die Grünen hätten gehofft, diese Personalisierung nutzen zu können, um ihre Themen nach vorn zu stellen. „Insofern müssen wir uns unsere Fehler schon selber ankreiden.“

Habeck versicherte: „Wir brauchen keinen Neustart.“ Er verwahrte sich zudem gegen den Eindruck, das Rennen ums Kanzleramt sei vorbei. „Gelaufen ist gar nichts“, betonte er. Die letzten Wochen seien „kein Glanzstück“ gewesen. „Aber wir stehen noch immer sehr gut da – gut genug, um mit Freundlichkeit und Freude und der Leichtigkeit des Sommers einen fulminanten Wahlkampf zu machen.“

Unterdessen hat Baerbock nach Angaben einer Grünen-Sprecherin die parteinahe Heinrich-Böll-Stiftung darum gebeten, einen „nunmehr knapp zehn Jahre zurückliegenden Sachverhalt“ im Zusammenhang mit einem

damaligen Promotionsstipendium der Stiftung „noch einmal zu betrachten“. Anlass sind demnach Medienanfragen zu dem Stipendium. Baerbock hatte einem „Tagesspiegel“-Bericht zufolge zwischen 2009 und 2012 mehr als 40.000 Euro erhalten. Die Doktorarbeit im Bereich Völkerrecht hatte sie nicht abgeschlossen. Wie die „Bild“-Zeitung am Sonnabend berichtete, unterliegt die Böll-Stiftung einer Förderrichtlinie des Forschungsministeriums. Demnach dürften Personen kein Stipendium bekommen, die einer „Erwerbstätigkeit von mehr als einem Achtel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit“ nachgingen.

Die Sprecherin der Grünen verwies darauf, dass Baerbock in der Zeit als Brandenburger Landesvorsitzende der Grünen, Grünen-Vorstandsmitglied und als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa kein Gehalt bekommen habe. Erst 2011 habe sie vom Landesverband Brandenburg „im Sinne einer Aufwandsentschädigung 226,76 Euro pro Monat“ bekommen und 2012 dann 400 Euro pro Monat. Ab 2013 habe es ein reguläres Gehalt gegeben, da habe Baerbock aber kein Promotionsstipendium mehr erhalten.



BUNDESTAGSWAHL 2021